

Jürgen Trittin

## **Kontinuität und 'Change'**

### ***Die Außenpolitik vor neuen Herausforderungen***

- 1 Intro: Kontinuität und Konsens..... 5**
- 2 Die globalen Veränderungen ..... 12**
  - 2.1 Vier globale Risiken..... 14
  - 2.2 Manifeste Bedrohung: Rechtsfreie Räume ..... 18
  - 2.3 Die aktuelle Weltwirtschaftskrise...20

## **3 Multilateraler, ökonomischer wie ökologischer - Grundprinzipien einer zukunftsgewandten Außenpolitik ..... 22**

- 3.1 Multilateraler: Globale Governance 26
- 3.2 Ökologie und Ökonomie: Ein Globaler Grüner New Deal ..... 31

## **4 Aktuelle Handlungsfelder deutscher Außenpolitik ..... 35**

- 4.1 Die Außenpolitik von Schwarz-Rot. 35
- 4.2 Iran und das Atomprogramm ..... 41
- 4.3 Demokratieprojekt Europa..... 44
- 4.4 Afghanistan stabilisieren..... 46
- 4.5 Krisenfähigkeiten stärken ..... 51
- 4.6 Kampf ums Klima in Kopenhagen.. 55

4.7 Nichtverbreitungspolitik und Abrüstung .....	57
<b>5 Kontinuität und Change .....</b>	<b>60</b>

Anrede

Ich danke für die Einladung hier sprechen zu dürfen.

Dies ist ein guter Tag, das war der Satz, den ich heute morgen als erstes in dieses Manuskript eingefügt habe. **Es ist ein guter Tag für Europa**, weil das Bundesverfassungsgericht den Weg für den Reformvertrag von Lissabon frei gemacht hat.

Gestärkt wurden mit dieser Entscheidung die Handlungsfähigkeit und die demokratische

Legitimation Europas. Das **Europaparlament hat mehr Rechte**, es gibt **mehr Mehrheitsentscheidungen** und die **Außenpolitik der EU** wurde gestärkt. Wir bekommen einen **verbindlichen Grundrechtekatalog**.

Wir können uns noch mehr vorstellen – Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Steuerpolitik – aber der Weg ist frei für eine neue Grundlage der Europäischen Union.

Gestärkt wurde auch der Deutsche Bundestag, der aber seine Rechte nun auch wahrnehmen muss. Die Nachbesserungen an den Begleitgesetzen, die das Bundesverfassungsgericht verlangt hat, werden den Bundestag dabei noch weiter stärken. Auch

darin ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu begrüßen. Gescheitert ist mit dem Urteil jene unheilige Allianz des Nationalismus zwischen *Gauweiler* und *Lafontaine*, deren Hoffnung auf *Vaclav Klaus* sich auch als trügerisch erweisen wird.

## 1 Intro: Kontinuität und Konsens

Außenpolitik gilt in Wahlkämpfen – mit Ausnahme von Kriegssituationen – als wenig polarisierendes Thema. Als Erklärung für dieses Phänomen wird häufig auf zwei Dinge verwiesen: Kontinuität und Konsens.

In der Tat gibt es einen **breiten Konsens** und eine **lang anhaltende Kontinuität** der Außenpolitik in Deutschland – ein Kon-

sens übrigens, den in vielen Punkten sogar die LINKE akzeptiert, mag sie sich in entscheidenden Fragen auch noch davon abgrenzen.

Deutschland hat seine Nachbarn im 20. Jahrhundert zweimal mit mörderischen Kriegen überzogen – mehr als 70 Millionen Menschen wurden getötet. Mehr als 6 Millionen Juden wurden während des Grauens der Shoa ermordet. Aus dieser fatalen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Lehren für deutsche Politik gezogen.

Nach 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland lassen sich die Eckpunkte deutscher Außenpolitik wie folgt beschreiben:

- ↪ Die **unwiderrufliche Einbindung** Deutschlands in die **Europäische Union**
- ↪ Die **Freundschaft zu den USA**, ein enges transatlantische Verhältnis und die Mitgliedschaft in der NATO
- ↪ Ein **kooperatives** und nicht konfrontatives **Verhältnis zu Russland**
- ↪ Die Anerkennung und Verteidigung des **Existenzrechts Israels** und die Verantwortung für eine Friedenslösung in Nahost
- ↪ Das **Friedensgebot des Grundgesetzes** und die Verpflichtung auf das **Völkerrecht**

- ↪ Das **Primat der Vereinten Nationen** und eine Politik der **Multilateralität**

Aber ist die Berufung auf die Kontinuität schon ein außenpolitisches Konzept? Oder ist **Kontinuität notwendig, aber nicht hinreichend?**

Zwar hat sich in der 60jährigen Geschichte der Bundesrepublik dieser außenpolitische Konsens entwickelt, doch es gab es darin dramatische Veränderungen. „*Wandel durch Annäherung*“ hieß es in der Ostpolitik unter *Willy Brandt* und in der **Entspannungspolitik** gegenüber der Sowjetunion. Sie hätte fast zu seinem Sturz geführt und war innenpolitisch mindestens so umstritten wie die von *Adenauer* betriebene **Westeinbindung**

und **Wiederaufrüstung** der Bundesrepublik.

Historische Ereignisse wie der Fall der Mauer 1989 und das folgende Ende des Kalten Krieges änderten die Bedingungen einer gesamtdeutschen Außenpolitik grundlegend.

**Kontinuität allein ist also noch kein außenpolitisches Konzept.**

Und Prinzipien können in **Widersprüche** geraten. Deutschland hat aus seiner gewaltlosen jüngeren Geschichte die Lehre einer friedlichen Außenpolitik gezogen. Und dennoch wurde Deutschland im Ost-West-Konflikt wiederbewaffnet und nimmt heute an internationalen Militäreinsätzen teil.

Manchmal kann nur unter dem Einsatz mili-

tärischer Mittel Frieden gewahrt oder Völkermord verhindert werden.

Kontinuitäten können in **Konflikt** geraten – etwa die Freundschaft mit den USA, die Einbindung in die EU und die Beachtung des Völkerrechts – wie bei der Ablehnung des Irak-Krieges 2003.

Heute ist selbst die Bundeskanzlerin froh, dass die damalige rot-grüne Bundesregierung nicht dem Washingtoner Ratschlag von *Angela Merkel* gefolgt ist. Deutschland hat sich beim Krieg gegen den Irak nicht auf die Seite von *George W. Bush* geschlagen. Das hat das **Ansehen und den Einfluss Deutschlands in der Welt erheblich gestärkt.**

Oder nehmen wir ein aktuelles Beispiel. Wer gern und häufig die deutsch-amerikanische Freundschaft rühmt, sollte sich dann bei einer zentralen Frage der Beziehungen – nämlich der Aufnahme von 11 Uiguren aus *Guantanamo* – nicht hinter dem blanken Populismus der eigenen Innenminister verstecken.

Hinter vorgeblicher Kontinuität steht und stand **massiver Wandel** in verschiedenen Phasen. Kontinuität in den Prinzipien von Außenpolitik sieht sich permanent den Herausforderungen einer sich verändernden Welt ausgesetzt. Dieser Wandel hat sich unter den Bedingungen einer weit fortgeschrittenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung **weiter be-**

**schleunigt.** So stellen sich für die Außenpolitik neue, dringende Fragen.

**Die Welt verändert sich, also müssen wir uns auch verändern.**

## 2 Die globalen Veränderungen

Der Begriff der „neuen Weltordnung“ beschrieb einmal die vermeintliche Situation nach dem Ende des Kalten Krieges mit der vermeintlich letzten verbliebenen „Supermacht“ – schon allein der Begriff „Supermacht“ scheint heute aus einer vergangenen Ära zu stammen. Statt neuer Weltordnung sehen wir eher eine neue Weltunordnung.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurde auch die Vorstellung einer **unipolaren**

**Welt** mit dem Ende der Amtszeit *George W. Bush* zu Grabe getragen. Sie ist **im Irak spektakulär gescheitert**.

Stattdessen gestalten Staaten wie China und Indien, Brasilien und Russland Weltpolitik zunehmend selbstbewusst mit. Wer da allerdings von „*neuen Akteuren*“ redet sollte sich klar machen, dass China immerhin auf 6000 Jahre zivilisatorischer Geschichte zurückschaut. Und Russland, die zweitgrößte Atommacht, bestimmt seit mehr als 100 Jahren entscheidend die Weltpolitik mit.

**Der wachsende Einfluss der *BRIC-Staaten* bedeutet nicht weniger als ein Ende der alten Sichtweise von „West“ und „Ost“, von „Nord und Süd“, von Einteilungen nach „erster, zweiter, dritter Welt“.**

### *2.1 Vier globale Risiken*

Heute leben ca. 6,8 Milliarden Menschen auf der Welt, bis 2050 werden es bis zu 9 Milliarden sein - dreimal soviel wie 1959. Vor allem die Entwicklungsländer wachsen, damit sind substanzielle Herausforderungen verbunden in Bezug auf globale Ernährungssicherheit, soziale Sicherung und humanitäre Hilfe.

Die vier großen, globalen Risiken seien hier nur stichwortartig genannt

1. **Klimawandel** – die globale Erwärmung schreitet voran. Sie produziert heute schon Schäden, die die globale Entwicklungshilfe überschreiten, lässt Regionen verdorren, verschärft die Ernährungskrise und treibt inzwischen mehr Menschen in die Flucht als Bürgerkriege.
2. **Ressourcenkonkurrenz** – noch immer beanspruchen 15 % der Weltbevölkerung 60 % des Öls, 56 % des Erdgases und mehr als 50 % der anderen Rohstoffe. Die stürmische Entwicklung in den Schwellenländern erhöht den Druck auf begrenzte Roh-

stoffe. Spekulation auf Rohstoffe und Nahrungsmittel verschärft das Problem weiter.

3. **Globale Ausgrenzung** – verkürzt Armut genannt. Inzwischen hungern wieder mehr als eine Milliarde Menschen. Zwei Milliarden Menschen müssen mit weniger als zwei US Dollar pro Tag auskommen, eine Milliarde haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, zwei Milliarden keinen Zugang zu moderner Energie.
4. **Aufrüstung** – nach einer Phase der Abrüstung in den 90er Jahren steigen die Rüstungsausgaben weltweit wieder an, die Atommächte modernisieren ihre Potentiale, Technologien für Mas-

senvernichtungswaffen verbreiten sich und nicht nur der Iran strebt unter dem Deckmantel der Nutzung der Atomenergie nach Beherrschung des kompletten Brennstoffkreislaufs.

Diese Risiken bestärken sich in ihrer Wirkung gegenseitig – der von den reichen Ländern verursachte Klimawandel trifft die ärmsten Länder am härtesten, die Verschärfung der Rohstoffkonkurrenz befördert Rüstungsanstrengungen.

**Keinem dieser Risiken kann ein Land allein begegnen – ihnen entgegenzutreten bedarf globaler Kooperation.**

## *2.2 Manifeste Bedrohung: Rechtsfreie Räume*

Das Zusammenwirken solcher Risiken und der Verlust von *Governance* oder gar Staatlichkeit können manifeste Bedrohungen entstehen lassen – die weit über den jeweiligen Raum hinaus und sogar global wirken können.

Das schlimmste Beispiel für derartige Zusammenhänge sahen wir in Afghanistan, das nach dem Ende der Blockkonfrontation dem Zerfall überlassen wurde und von wo aus

schließlich die Anschläge des **11. September 2001** geplant wurden. Hier zeigte sich, welche globale Wirkung von *failed states* ausgehen kann.

Der **Zerfall Somalias** und die daraus entstandene Piratenökonomie bedroht akut nicht nur die Schifffahrt im Golf von Aden, nicht nur die Versorgung vom Hunderttausenden Hungernder, nicht nur die Staatseinkünfte Ägyptens, sondern stellt eine ernste **Bedrohung für den Welthandel** dar.

Es muss nicht immer Staatszerfall und Terrorismus sein. Auch die rechtsfreien Räume der **Steueroasen** auf den Kaimaninseln oder in Guernsey haben globale Auswirkungen, weil sie die Möglichkeit einer Regulie-

rung des globalen Finanzmarktes massiv unterhöhlen.

**Manifesten Bedrohungen zu begegnen setzt eine globale Anstrengung voraus, rechtsfreie Räume nicht zuzulassen.**

### 2.3 Die aktuelle Weltwirtschaftskrise

**Keine der aktuellen Krisen** - Weltwirtschaftskrise, Ernährungskrise und Klimawandel – kann **national bewältigt** werden.

Die Weltwirtschaftskrise zeigt beispielhaft, vor welchen Herausforderungen wir sehr schnell stehen können. Erschreckend sind die ökonomischen Fakten – der stärkste Rückgang des Welthandels seit dem 2.

Weltkrieg und ein Rückgang des weltweiten

Sozialprodukts. Die globale Zahl der Arbeitslosen, die vor der Krise beschäftigt waren, könnte nach Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation auf rund 51 Millionen Menschen steigen.

Erschreckend sind aber auch die drohenden **Restriktionen für staatliche Politik**, die daraus resultieren. Bisher haben die EU-Staaten die Banken mit **3.700 Milliarden Euro** unterstützt, also **rd. 30 % des EU-BIP**.

Das hätte in Island nicht gereicht. In Island überstieg das **Geschäftsvolumen der drei insolventen Banken** das **Bruttoinlandsprodukt um das Dreifache**. Die Krise bedroht so direkt die Staatlichkeit Islands und erfordert ein Eingreifen des IWF, der

dies nur mit massiv aufgestockten Mitteln bewältigen kann.

**Die Wirtschaftskrise belegt, dass das System Internationaler Institutionen nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Wir brauchen eine verbesserte globale Handlungsfähigkeit.**

### **3 Multilateraler, ökonomischer und ökologischer - Grundprinzipien einer zukunftsgewandten Außenpolitik**

Unser Begriff von Außenpolitik muss sich erweitern. Außenpolitik ist schon längst **mehr** als die Pflege bi- und multilateraler

Beziehungen oder die internationale Vernetzung von Staaten.

Globalisierte Risiken und Krisen verändern die klassische Außenpolitik. Scheinbar weiche Themen erweisen sich als harte Nüsse, alte Gewissheiten erweisen sich als trügerisch oder geraten in Widerspruch zueinander.

In Deutschland hat es unter der Großen Koalition dabei Rückschläge gegeben.

- ↪ Die Große Koalition hat sich lange gegen eine **gemeinsame Bekämpfung** der Finanz- und Wirtschaftskrise gewehrt
- ↪ Beim Klimaschutz ist Deutschland, das unter den **Umweltministern Töpfer, Merkel und Trittin Vorreiter** war, unter

der **Bundeskanzlerin Merkel** zum **Bremser** geworden.

- ↪ Eine **kohärente UN-Politik** ist nicht zu erkennen.
- ↪ In der Menschenrechtspolitik herrscht in der Koalition ein öffentlich ausgetragener Dauerstreit.

All das verhindert eine Anpassung der außenpolitischen Haltung Deutschlands an die geschilderten Veränderungen.

Außenpolitik ist zunehmend gefragt, **Interessen und Werte unter einen Hut** zu bekommen um diese globalen Herausforderungen anzugehen.

Dafür brauchen wir neue Initiativen, neue Instrumente, neue ganzheitliche Ansätze.

„Soft Politics“, oder „Smart Politics“, wie es *Hillary Clinton* kürzlich genannt hat.

Zukunftsfähige Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik geht von einem **erweiterten Verständnis von Sicherheit und Entwicklung** aus, welches die Entwicklungs- und Sicherheitsinteressen aller Staaten, aber vor allem der Menschen, die in ihnen leben, anerkennt.

**Eine zukunftsfähige Außenpolitik muss deshalb multilateraler, ökonomischer und ökologischer sein.**

### 3.1 Multilateraler: Globale Governance

„Change“ in der Außenpolitik heißt Reform der UNO und unseres Systems Globaler Governance, ein neuer Multilateralismus.

Die Strukturen der internationalen Organisationen stammen immer noch im Wesentlichen aus dem Jahr 1945. Am augenscheinlichsten wird der Widerspruch bei den *Vereinten Nationen*, insbesondere bei denjenigen ihrer Institutionen im Bereich der Finanzen und Wirtschaft, der *Weltbank*, des *Internationalen Währungsfonds*, aber auch an der *Welthandelsorganisation*. All diese Institutionen müssen **dringend reformiert werden**, damit sie über mehr Legitimität verfügen.

Dazu gehört eine **Reform des Sicherheitsrats**. In ihm müssen **kontinentale Länder** wie Indien und Brasilien, Südafrika, aber auch **ökonomische Schwergewichte** wie Japan und Deutschland vertreten sein.

Fast noch wichtiger ist eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen. Wenn wir denn IWF handlungsfähiger machen wollen, braucht dieser neben dem Abschied vom *Washington Consensus* mehr Geld. Mehr Geld werden aber die Schwellenländer dauerhaft nur bereitstellen, wenn sie mehr Mitsprache haben. Das geht vor allem zu Lasten von Frankreich und Großbritannien. Spätestens hier müssen wir über eine neue Rolle Europas im IWF nachdenken.

Dass die **G8 zu klein** für diese Welt ist, wird zunehmend offensichtlich. Schon **relevanter** ist die Gruppe der **G20**, die zuletzt durch den Gipfel in London aufgewertet wurde. In dieser Gruppe der zwanzig Industrie- und Schwellenländer leben immerhin rund *62%* der Weltbevölkerung, die etwa *77%* des Welt-Bruttonationaleinkommens und fast *90%* des Welthandels auf sich vereinigen.

**Letztlich müssen die betreffenden Aufgaben aber unter dem Dach der UNO gelöst werden.**

Es bedarf auch einer **UN-Umweltorganisation** – UNEO.

Grundpfeiler und Kompass unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen die Menschenrechte sein und bleiben. In der Zeit nach den Anschlägen vom 11. September haben Doppelstandards im „Kampf gegen den Terror“ die Glaubwürdigkeit der Menschenrechte beschädigt. **Menschenrechte gelten aber nicht nach Beliebbarkeit, sondern universal.**

Deutschland hat eine starke Stimme in der UNO, die wir in diesem Sinne einsetzen müssen. Deutschland hat in den letzten Jahren mehr internationale Verantwortung übernommen:

- ↳ Aktiv hat sich Deutschland für die Schaffung des **Internationalen**

**Strafgerichtshofs** eingesetzt, der heute eingerichtet ist.

- ↳ Es wurde ein neuer **Menschenrechtsrat** gebildet – an dem sich nun auch die USA beteiligen. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt musste sich Deutschland damit **blamieren**, zum ersten Mal überhaupt in Genf eine UN-Konferenz zu boykottieren – so konnte weder Einfluss auf die Abschlussresolution der *Antirassismuskonferenz* genommen werden, noch den radikalen Positionen eines Ahmadinedschad etwas entgegengesetzt werden.

### 3.2 Ökologie und Ökonomie: Ein Globaler Grüner New Deal

Wer die Weltwirtschaftskrise überwinden will muss heute **für einen „Green New Deal“ streiten** – meinen nicht nur die GRÜNEN.

International werben unter vielen anderen der Generalsekretär der Vereinten Nationen *Ban Ki Moon* und der Leiter von UNEP *Achim Steiner*, seit geraumer Zeit für einen „Global Green New Deal“. Dem haben sich in der letzten Woche 21 UN-Organisationen angeschlossen, durch einen gemeinsamen Aufruf mit dem Titel „Green Economy: A Transformation to Address Multiple Crises“.

Gerade in der jetzigen Krise sollte weltweit massiv in Technologien der ökologischen Modernisierung investiert werden. Damit würden weltweit Arbeitsplätze geschaffen, Grundlagen für die Märkte von morgen gelegt und effektiv Klimaschutz betrieben. Wirtschafts- und Klimakrise könnten gleichzeitig bewältigt werden.

Man muss das vielleicht noch einmal betonen: Diese Frage ist auch und gerade eine Frage der Außenpolitik. Aufgrund der Dramatik der beiden Krisen und dem riesigen transformativen Potential eines Globalen Green New Deal, gehört die Beförderung eines solchen Ansatzes ganz oben auf die außenpolitische Agenda!

Umweltinvestitionen strapazieren nicht etwa die Wirtschaft – **in ihnen liegt die Chance auf wirtschaftliche Erneuerung**. Umgekehrt würde ein Verzicht auf diese Investitionen enorme zukünftige Kosten bedeuten.

Und: Die Weltwirtschaft bedarf der Regulierung – und Bestandteil von Regulierung sind Handelsregeln, Abbau von (Agrar-) Subventionen, Regeln für Finanzmärkte, aber auch soziale und ökologische Standards.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte, die Schaffung von Arbeitsplätzen kann nur gelingen im Einklang mit dem **Umbau und der Decarbonisierung unserer Wirtschaft**, dem Schutz der Ökosysteme und der Wasserressourcen und dem Kampf gegen die globale Armut.

Lange passé sind die Zeiten, in denen wir „Entwicklungshilfe“ im klassischen Sinne des Wortes leisteten. **Kein Land kann sicherer, besser und zukunftsfähiger leben, wenn sich die großen globalen Ungleichgewichte weiter verschärfen**. Wir haben also auch ein direktes Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit, die nicht mehr allein humanitäre Geste, sondern konkrete Gestaltung unserer gemeinsamen globalen Zukunft ist.

**Ein grüner New Deal kann nicht als Projekt der Industrieländer, sondern nur als globales Projekt verstanden und umgesetzt werden.**

#### **4 Aktuelle Handlungsfelder deutscher Außenpolitik**

Ich will hier nicht der Versuchung der Vollständigkeit erliegen. Aber es ist schon bezeichnend, auf welchen Feldern der Außenpolitik die **Große Koalition ein sehr kleines Karo** produziert hat.

##### *4.1 Die Außenpolitik von Schwarz-Rot*

Das gilt in der **Menschenrechtspolitik**, in der Streit nur **symbolisch** war. Denn als es

nach dem Krach zwischen Kanzlerin und Vizekanzler zum Besuch des *Dalai Lama* um das gute Verhältnis zu *König Abdullah* von Saudi Arabien ging, spielte auch bei Frau Merkel die Frage Menschenrechte nur eine nachrangige Rolle.

In der **Realpolitik** gegenüber China und Russland überwog ohnehin die Kontinuität der guten Beziehungen von Kohl über Schröder bis heute. Der Vorschlag aus der CDU/CSU-Fraktion, doch stärker auf Indien als auf China zu setzen, weil dies ja eine Demokratie sei, hatte denn auch im Kanzleramt keine Chance.

Zerstrittenheit prägt aber gerade die Nahostpolitik der Großen Koalition. Die Chancen, die sich der Deutschen EU-

Ratspräsidentschaft in Folge der Beendigung des Krieges zwischen **Libanon und Israel** für eine Lösung geboten haben, wurden daher leider nicht genutzt.

Beim letzten Gaza-Krieg traten diese Differenzen dann offen zu Tage. Während sich Frau *Merkel* die israelische Begründung für den Krieg zu Eigen machte, setzte *Frank-Walter Steinmeier* auf die Durchsetzung eines sofortigen Waffenstillstands. Die europäische Nahostpolitik leidet an Blockaden: Wie geht man mit einer neu gebildeten Einheitsregierung Palästinas um? Wie gestaltet sich der weitere EU-Israel-Prozess? Wann wird die Blockade des Gaza endlich aufgehoben, und was kann Europa dafür tun? In all die-

sen Fragen ist Deutschland unter der großen Koalition merkwürdig absent.

Ohne klare Haltung blieb die Große Koalition auch in den Diskussionen um die Stationierung eines **Raketenabwehrschirms** in Osteuropa – hier scheute Frau *Merkel* den Konflikt mit den USA. Ähnlich im Falle **Georgien**. Nachdem man lange zugesehen hatte, wie dort von Russland wie von den USA Blockbildung betrieben wurde, hat man als Reaktion auf den Georgien-Krieg dann den NATO-Kooperationsrat mit Russland ausgesetzt, ebenso die Verhandlungen der EU über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland. Das Signal des Protests war kontraproduktiv; der Kooperationsrat als Instrument der Vertrauensbildung wird gerade

in Krisenzeiten gebraucht und am Partnerschaftsabkommen hat nicht nur Russland, sondern ebenso die EU ein Interesse – man hat sich **ins eigene Fleisch geschnitten**. Es passierte was passieren musste: Wer rausging, musste auch wieder hereinkommen. Das Signal verpuffte.

Deutschlands Haltung zur Zukunft der NATO reduziert der Bundesverteidigungsminister gerne auf sein Mantra von der „*vernetzten Sicherheit*“. Das weitgehend urwüchsig wuchernde Nebeneinander von NATO- und ESVP-Missionen, das im forcierten Flaggenwechsel auf den Schiffen der Marine vor Ostafrika seinen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat, wird achselzuckend zur Kenntnis genommen. Notwendig wäre hier endlich

eine **Mandatsbereinigung** – zugunsten der *Atalanta-Mission*.

Keine Einigung gab es auch in der **Sicherheitspolitik** – während sich die CDU/CSU in einem Positionspapier für die Aufhebung der Trennung von Äußerer- und Innerer Sicherheit aussprach, nicht mehr zwischen Krieg und Frieden unterscheiden, dafür aber die Bundeswehr im Innern einsetzen wollte, hielt die SPD - wie übrigens auch GRÜNE, FDP und LINKE - an der Ordnung des Grundgesetzes fest.

Ähnliche strategische Uneinigkeit prägte die vom Außenminister hochgehaltene **Energieaußenpolitik**. Für die Union reduziert sich diese auf Pipelines und Verlängerung von Laufzeiten, für die SPD nur auf Pipeli-

nes. Der Versuch *Sigmar Gabriels* die *Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)* nach Bonn zu holen, scheiterte an *Steinbrücks* Knausrigkeit.

## 4.2 Iran und das Atomprogramm

Wir alle haben in den letzten Tagen und Wochen mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung im Iran verfolgt.

Viele, auch viele Kenner des Irans sind überrascht von der Wucht der Ereignisse und der Demonstrationen. Bei meinem letzten Besuch vor zwei Jahren im Iran schien die Opposition geteilt und frustriert. Aber schon damals sagte mir *Schirin Ebadi*: „Ihr im Westen dürft Euch nicht nur um die Atom-

*frage kümmern. Denkt an die Menschenrechte“.*

Die Demonstranten im Iran mahnen uns auch, unser **Iranbild schärfer zu stellen.**

## **Iran, das ist mehr als Atom und Ahmadinedschad.**

Deutsche Außenpolitik steht vor einem Dilemma: Wie soll man mit einer Führung umgehen, die an Legitimität verloren hat, die aber nach ihrem Machterhalt weiterhin das iranische Atomprogramm vorantreiben wird?

Es war die kluge Wende in der US-Iranpolitik unter *Obama*, es war seine Rede zum Frühjahrsfest, es war sein Dialogangebot, das mit dazu beigetragen hat, die resigniert-

frustrierte Unzufriedenheit mit der Regierung *Ahmadinedschads* aufzubrechen. Die Isolation, zu der seine Politik beigetragen hat, ist von den Menschen im Iran nicht gewollt.

**Die Gratwanderung zwischen einer menschenrechtlich eindeutigen Haltung und einer aufrechterhaltenen Dialogbereitschaft wird schwierig, ist aber notwendig.**

Sonst droht eine Konfrontation, die nicht nur im Iran innenpolitisch durch das Regime ausgebeutet werden könnte, sondern in Anbetracht des Atomprogramms und der besonders in Israel verbreiteten Sorgen in eine Katastrophe führen könnte.

### *4.3 Demokratieprojekt Europa*

In einem Feld halte sollten wir weiterhin die Kontinuität hoch halten. Die Europäische Union ist nicht nur ein beispielloses **Friedensprojekt**. Sie ist auch und gerade ein **Demokratieprojekt**. Sie ist beides weil sie die **Bereitschaft zur Vertiefung wie zur Erweiterung** hatte.

Die friedensstiftende Wirkung einer Beitrittsperspektive ist gerade auf dem westlichen Balkan zu besichtigen. Die demokratiestiftende Funktion einer Beitrittsperspektive droht unter der **antiislamischen Kampagne** der Union und *Sarkozys* jedoch in Vergessenheit zu geraten.

Gerade wer sich für die Menschenrechte in der Türkei stark macht – und da müssen wir Grüne uns wahrlich nicht verstecken - der muss an der von *Walter Hallstein* eröffneten und von *Helmut Kohl* bestätigten **Beitrittsperspektive für die Türkei festhalten.**

Wie gelang die Überwindung der griechischen Militärdiktatur, der portugiesischen Kolonialdiktatur, des spanischen Faschismus?

**Der Beitritt zur EU, einer auf den Werten von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufgebauten Gemeinschaft hat bei der Überwindung dieser Diktaturen eine zentrale Rolle gespielt.**

Und hüten wir uns vor Überheblichkeit. Als Deutschland in die EU kam, wurde bei uns Homosexualität noch mit Zuchthaus bestraft und Frauen bedurften im Zivilrecht noch der Genehmigung des Ehemannes, um zu arbeiten.

#### *4.4 Afghanistan stabilisieren*

In Afghanistan ist deutsche Außenpolitik auf bilateraler, auf europäischer und auf multilateraler Ebene gefragt. Der von der NATO geführte und von den UN mandatierte Ein-

satz in Afghanistan ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden.

Uns Deutschen wurde das in der letzten Woche durch den tragischen Tod von drei Soldaten nach einem Überfall der Taliban in Kunduz vor Augen geführt.

Dies hat erneut die Frage aufgeworfen: Was will und kann die internationale Gemeinschaft eigentlich in Afghanistan erreichen, wie lange soll die Präsenz internationaler Truppen und auch der Bundeswehr noch dauern?

Die öffentliche Debatte darüber ist grundlegend und nirgendwo ist die Beschönigung der Situation so schädlich wie in Afghanistan. Wir GRÜNEN haben uns dieser schwieri-

gen Debatte als einzige Partei sogar auf zwei Parteitag gestellt.

In Afghanistan findet ein Stabilisierungseinsatz statt. Hier wird kein Krieg geführt, der auf Sieg setzt. Aber, jeder, der schon mal in Afghanistan war, weiß, dass regional Krieg oder kriegsähnliche Bedingungen herrschen. Das ist die brutale Realität der Soldatinnen und Soldaten, der Aufbauhelferinnen und Aufbauhelfer und natürlich vor allem der afghanischen Zivilbevölkerung.

**Aber entschieden wird die Zukunft Afghanistans eben nicht durch Krieg und Militär, sondern durch Stabilisierung und zivilen Aufbau.**

Wer wie die LINKE in Deutschland gedankenlos den Abzug aller internationalen Truppen aus Afghanistan fordert, der nimmt einen neuen Bürgerkrieg, einen neuen internationalen Gefahrenherd Afghanistan und das Ende jeglicher Bemühungen, den Menschen im Lande eine Perspektive zu bieten in Kauf.

Wir brauchen einen **Strategiewechsel**:

- ↳ Das Nebeneinander von Militäroperationen muss beendet werden, es muss alles ISAF unterstellt werden.

- ↳ Wir brauchen mehr und besser koordinierte zivile Hilfe
- ↳ Europa und Deutschland müssen endlich ihre Zusagen beim Polizeiaufbau erfüllen und 2000 Polizisten – 500 aus Deutschland – entsenden.

Es ist sehr ermutigend zu sehen, dass die USA unter der neuen Administration diesen Strategiewechsel sehr tatkräftig angehen. In dieser Situation bedarf es mehr deutschen Engagements bei Aufbau und Polizeihilfe und keines Rückzugsignals. Dafür mag vorübergehend auch eine Flugsicherung durch AWACs Sinn machen.

#### 4.5 Krisenfähigkeiten stärken

Afghanistan zeigt aber auch, dass Deutschland **auf die globalen Herausforderungen nicht hinreichend vorbereitet** ist.

Die Welt fürchtet sich nicht vor einer Großmacht Deutschland. **Das sollte uns freuen.**

Die Welt erwartet aber von uns mehr Beiträge zur globalen Sicherheit, als wir zur Zeit leisten können. **Das sollte uns nachdenklich stimmen.**

**Staatszerfall verhindern, Gewalt verhindern und Krisen vorbeugen, staatliche und gesellschaftliche Aufbauprozesse vorantreiben, heißt heute globale Friedenssicherung betreiben.**

Dem wird nationale Regression und bloß innenpolitisch motivierter Populismus nicht gerecht. Das gilt für die LINKE wie für die FDP

- ↳ Es ist nicht mit dem Bekenntnis zum Primat der UNO zu vereinbaren, die Überwachung des Waffenstillstandsabkommens für den Südsudan (**UNMIS**) mit unbewaffneten deutschen Offizieren zur Militarisierung deutscher Au-

Benpolitik zu stilisieren und abzulehnen, wie es die LINKE tut.

- ↳ Und es wird weder der UN noch der Verantwortung gegenüber Israel und dem Libanon gerecht, auch im 3. Jahr die Zustimmung zur deutschen Beteiligung an der **erfolgreichen UNIFIL-Mission** zu verweigern, wie es die FDP tut.

Friedenssicherung bedarf **gestärkter ziviler Krisenkapazitäten** – aber auch einer **anderen Bundeswehr**. Es ist eine **zivil-militärische Herausforderung**.

Zivil-militärische Krisenbewältigung bedarf **eines anderen politischen Rahmens**.

- ↳ Abschied von der Wehrpflichtarmee: es kann nicht sein, dass eine Armee von 250 000 mit 10 000 Soldaten im Auslandseinsatz überdehnt ist, weil 50 000 Wehrpflichtige für die Heimatverteidigung von 20 000 Soldaten ausgebildet und betreut werden müssen.
- ↳ Ausbau der Transport-, Sanitäts- und Aufklärungskapazitäten für Stabilisierungseinsätze, Abbau der Territorialverteidigungssysteme.
- ↳ Schluss mit dem Schaulaufen zwischen NATO und ESVP wie vor dem Horn von Afrika – bei zivil-militärischen Missionen klare Priorität für die EU.

- ↪ Umsetzung der Bund-Länder-Zusage zur Bereitstellung von gut 1000 PolizistInnen für den Auslandseinsatz.
- ↪ Umfassende zivile wie militärische Mandatierung solcher Missionen durch den Bundestag.

**Die zivilen und militärischen Krisenfähigkeiten Deutschlands müssen verbessert werden.**

#### *4.6 Kampf ums Klima in Kopenhagen*

In vielen Feldern der Politik der USA gibt es heute eine 180 ° Wende - einen echten ‚Change‘. **Das gilt gerade für die Klimapolitik.**

Mit der Mehrheit für den *Waxman-Markey-Bill* hat zum ersten Mal eine Kammer des Kongresses einer Begrenzung der Treibhausgasemissionen der USA zugestimmt.

Zum ersten Mal seit 1995 werden wir deshalb in Kopenhagen eine US-Delegation erleben, die verhandelt statt zu blockieren.

Nur so können Schwellenländer wie China und Indien überzeugt werden, einen Weg zu einer kohlenstoffärmeren Entwicklung einzuschlagen.

**Die Chancen für ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen nach 2012 sind damit gestiegen.**

Aber ob dieses in Kopenhagen entscheidungsreif verhandelt wird, hängt auch davon

ab, ob Europa seine klimapolitisch regressive Phase überwindet, in die es unter deutschem Druck mit der Verweigerung ambitionierter Verbrauchsobergrenzen für Autos und einem löchrigen Emissionshandel eingetreten ist.

#### 4.7 Nichtverbreitungspolitik und Abrüstung

Ebenfalls um 180 ° gedreht hat sich die **Ab-rüstungspolitik** der USA.

In Prag hat Präsident *Obama* die Vision einer atomwaffenfreien Welt bekräftigt. Auch gegenüber Russland hat Obama Kooperationsbereitschaft gezeigt, z.B. mit dem Signal, die geplante Stationierung einer Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu überden-

ken. Außenministerin *Clinton* und Außenminister *Lawrow* wollen die NATO-Russland-Kooperation ausbauen. Wenn am 6. und 7. Juli die Präsidenten *Obama* und *Medwedew* aufeinander treffen sollen die Eckpunkte eines neuen START-Vertrages verhandelt werden.

Der russische Premierminister *Wladimir Putin* hat das kürzlich positiv aufgegriffen: Auf die Frage, ob sich die Sicherheit seines Landes auch ohne eigene Atomwaffen gewährleisten lasse, antwortete er: „*Natürlich. Wozu brauchen wir Nuklearwaffen?*“

Lassen Sie uns nicht naiv sein; wir alle wissen, dass dies **nicht von heute auf morgen** passiert. Und wir wissen, dass heute wieder zahlreiche Staaten nach Atomwaffen

greifen - mindestens aber nach der **vollständigen Beherrschung des Brennstoffkreislaufes**.

Umso wichtiger sind konkrete Schritte, wichtig ist dass deutsche und europäische Außenpolitik solche Chancen, die sich jetzt ergeben, nutzen.

**Wir müssen unsere eigenen Hausaufgaben machen.**

↪ Internationale **Abkommen über Abrüstung** müssen konsequent **umgesetzt und ausgebaut** werden. Das gilt für den *START-Nachfolgevertrag* oder den *Atomteststopp-Vertrag*.

↪ Deutschland muss sich endlich von der *nuklearen Teilhabe* **verabschieden**.

↪ Der *Nichtverbreitungsvertrag* muss **massiv gestärkt** werden. Auch das wird nur mit einer Abrüstungsinitiative der Atommächte funktionieren. Wir brauchen die **Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs** – auch bei *Urenco* in Gronau.

## 5 Kontinuität und Change

Wer unter dem Banner reiner Kontinuität in alten Denkhaltungen und Reflexen verharrt und die gewandelte Welt ausblendet,

wer die einzelnen Konflikte und die internationalen Beziehungen Deutschlands und Europas nicht vor dem Hintergrund der veränderten globalen Lage der vier Risiken, der multiplen Krisen, der neuen Akteure und der neuen *Global Governance* wahrnimmt, der wird keine zeitgemäße Außenpolitik für Deutschland und Europa machen können. Er wird damit nicht nur den Werten sondern den Interessen Europas massiv schaden.

Selten waren die Herausforderungen an Außenpolitik so vielfältig wie heute. Um sie zu bewältigen brauchen wir also beides: Kontinuität und ‚Change‘.

Deutsche Außenpolitik muss

- ↪ sich den globalen Risiken Klimawandel, Aufrüstung, Ressourcenkonkurrenz und Armut stellen
- ↪ sich vom Denken in alten Blöcken verabschieden, also von „Osten“ und „Westen“, „Süden“ und „Norden“, „Industrie- und Entwicklungsländern“
- ↪ global dem Entstehen rechtsfreier Räume entgegenwirken, seien es zerfallene Staaten oder Steueroasen
- ↪ die globale Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und der internationalen Institutionen stärken
- ↪ die zivilen und militärischen Krisenfähigkeiten verbessern

- ↳ den großen Krisen - Wirtschaftskrise, Klimawandel und Ernährungskrise - durch einen grünen New Deal entgegenwirken
- ↳ sich aktiv an der Abrüstung und der Verhinderung von Proliferation beteiligen

Dies gelingt nur

- ↳ in einem demokratisch besser legitimierten, handlungsfähigen Europa
- ↳ und in der Partnerschaft der EU zu den sich wandelnden USA.

Ich habe fast den Eindruck, dass gerade der ‚Change‘ in der US-Politik für die Große Koalition die größte Schwierigkeit darstellt.

Ein weiterer Grund, sie abzulösen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.